

## DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SITUATION DER SOWJETZONE

Nach der Währungsreform haben sich die beiden deutschen Wirtschaftsgebiete, Westdeutschland und die Sowjetzone, selbständig entwickelt mit immer geringer werdenden wirtschaftlichen Wechselbeziehungen und unter völlig. gegensätzlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen.

Was sich jedoch während der Nachkriegsjahre nicht verändert hat, ist der strukturelle Untergrund, auf dem sich die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Wiederaufbau und in der Neuordnung vollzogen hat. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß die beiden verselbständigten Währungsgebiete nicht die zwei Bruchteile eines ehemaligen Ganzen sind, sondern lediglich Bestandteile einer in Generationen gewachsenen Volkswirtschaft, deren dritter wesentlicher Anteil, nämlich das Gebiet östlich der Oder-Neiße — jetzt unter polnischer und sowjetischer Verwaltung — seit 1945 für die deutsche Volkswirtschaft neutralisiert ist. Solange im gehemmten wirtschaftlichen Kreislauf die verbliebenen Produktivkräfte West- und Mitteldeutschlands noch nicht einmal voll aktiviert werden konnten, ist diese strukturelle Vorbelastung der verbliebenen deutschen Wirtschaft zunächst nicht in ihrer vollen Schwere zutage getreten.

Mit dem mehr oder weniger raschen Hineinwachsen der Produktion in die verbliebenen Kapazitäten ist inzwischen jedoch der totale Ausfall der für die Versorgung der zahlenmäßig kaum verminderten deutschen Bevölkerung von fast 70 Millionen so bedeutsamen ostdeutschen Produktion immer erkennbarer geworden. Die Disproportionen der verbliebenen und dabei durch den Eisernen Vorhang noch getrennten Wirtschaftsgebiete werden immer spürbarer, und die allseits auftretenden Engpässe haben die wirtschaftliche Bedeutung des Ausfalles der deutschen Ostgebiete ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Nur bei den im Systemstreit erstarrten wirtschaftstheoretischen Auseinandersetzungen wird diese entscheidende Ursache für viele der Strukturbrüche im nachkriegszeitlichen Wirtschaftsleben vernachlässigt. Im sowjetischen Machtbereich wird sie aus politischen Gründen sogar bagatellisiert, wenn nicht geleugnet.

Ohne die Substituierung der ostdeutschen Produktion ist in den verbliebenen deutschen Wirtschaftsgebieten — jedenfalls wenn man eine normalisierte Produktivität unterstellt — keine Vollbeschäftigung möglich und noch weniger eine Vollversorgung der an Zahl nicht verminderten deutschen Bevölkerung erreichbar. Der in einzelnen Fällen denkbare Ersatz durch eine höhere Produktivität wird in der Regel immer nur dadurch möglich sein, daß der eine Produktionsfaktor den anderen ersetzt, beispielsweise die Maschine die Arbeitskraft, die Arbeitskraft den Boden.

Die Verpflanzung von neun Millionen Menschen aus dem deutschen Osten in den mittel- und westdeutschen Raum hat gegenüber der Vorkriegszeit zu einer über zwanzigprozentigen Bevölkerungsvermehrung in Westdeutschland und zu einer ungefähr vierzehnprozentigen Erhöhung der Einwohnerzahl im Gebiet der Sowjetzone (1951) geführt.

Das westdeutsche Gebiet ist dadurch stärker belastet als das mitteldeutsche. Der Fall Berlin und die Ausgliederung des Saargebietes stehen in diesem Zusammenhang nicht im Vordergrund, so sehr sie die Situation verschärfen. Dagegen haben die schweren Kriegsverluste die Relation zwischen der produktiven und der zu versorgenden Bevölkerung verschlechtert. Das Arbeits-

kräftepotential ist nicht in gleichem Maße gestiegen wie die Gesamtbevölkerung. Mit der Schwächung des Produktionsfaktors Arbeit wird der Ausfall der anderen Produktionsfaktoren, also Boden, Bodenschätze, Produktionsmittel und Anlagen, für die deutsche Wirtschaft nur noch wirksamer. Es liegt die Frage nahe, ob Westdeutschland und Mitteldeutschland gleichermaßen von dieser Vorbelastung betroffen werden.

Der größeren Verdichtung der westdeutschen Bevölkerung (von 160 auf 197 Einwohner je Quadratkilometer) gegenüber der Sowjetzone (von 141 auf 161 Einwohner je Quadratkilometer) und der sich daraus für Westdeutschland ergebenden relativen Verschärfung des Nahrungsmitteldefizits steht allerdings der Vorteil des größeren westdeutschen Wirtschaftsraumes gegenüber. In dem um fast zwei Drittel kleineren sowjetzonalen Raum sind geringere innere Ausgleichsmöglichkeiten gegeben als in Westdeutschland, wo neben dem Ruhrgebiet die Einzugsgebiete von Rhein, Main, Donau in ihrer alten Struktur so gut wie erhalten geblieben sind, während im mitteldeutschen Raum die beiden tragenden Ströme Oder und Elbe ihre alte wirtschaftliche Funktion verloren haben. Es ist zudem eine natürliche Folge der geographischen Nachbarschaft Ost- und Mitteldeutschlands, daß ihre wirtschaftliche Verflechtung intensiver war als der Warenaustausch zwischen Ost- und Westdeutschland. Die aus der wirtschaftlichen Isolierung der Sowjetzone sich ergebenden Disproportionen sind deshalb relativ stärker durch den Trennungsschnitt der Oder-Neiße-Linie verursacht als die Disproportionen in Westdeutschland.

Die wesensfremde, durch die Sowjets oktroyierte gegenwärtige Wirtschaftsverfassung der Sowjetzone hat das ihre dazu beigetragen, die Belastungen nur noch drückender werden zu lassen. Aus dem eingetretenen Niveauunterschied zwischen der westdeutschen und mitteldeutschen Wirtschaft, und zwar hinsichtlich der Leistungen, ihrer Kosten, der Produktivität und der sich aus all dem ergebenden Versorgungsmöglichkeiten, die noch dazu nur zu einem Teil der Bevölkerung zugute kommen, hat sich ein ausgesprochenes ökonomisches und soziales West-Ost-Gefälle ergeben.

Das Ausmaß der Schwierigkeiten, das sich schon auf politischem und kulturellem Gebiet für den Fall ergeben würde, daß West- und Mitteldeutschland wieder zu einer Einheit zusammengeschlossen werden, wird noch übertroffen werden durch die Schwierigkeiten, das starke soziale und wirtschaftliche Gefälle auszugleichen. Ob und wie dies gelingt, ist gerade für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Voraussetzung für richtige Maßnahmen zur gegebenen Zeit ist eine sorgfältige Analyse der jeweiligen ökonomischen Situation auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, Diagnosen der westdeutschen Wirtschaftslage sind uns geläufig. Trotz aller, Verschleierungsversuche der Sowjets gibt die moderne Wirtschaftsforschung mancherlei Möglichkeiten, die ökonomische Situation des mitteldeutschen Raumes zu analysieren.

1. Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetzone und die Verteilung ihres Sozialprodukts wird entscheidend gelenkt durch das der sowjetrussischen Wirtschaft entlehnte Mittel des Systems der doppelten Preise. So gelten als Verrechnungspreise für Reparationsgüter ausschließlich die kriegswirtschaftlichen Stopppreise von 1944. Den Betrieben werden Verkaufspreise vorgeschrieben, die knapp an der Rentabilitätsgrenze liegen. Das gilt auch für die sogenannten Erfassungspreise bei der Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Dagegen werden relativ hohe Anreizpreise für die überplanmäßige Produktion (freie Spitzen) festgesetzt, für 1952 sind hier für Bauernbetriebe Erhöhungen angekündigt. Aus Lenkungsgründen niedriggehaltene Preise werden gegeben-

falls subventioniert. Eine im Sowjetinteresse liegende Produktion, besonders die der SAG, wird in der Preisfestsetzung privilegiert. Mieten sind wie bisher in Westdeutschland gestoppt. Die Preise für Güter des elementaren Lebensbedarfs — hierzu gehören fast alle bewirtschafteten Konsumgüter — werden möglichst auf Kostenhöhe gehalten, die Preise für den größten Teil der frei verkäuflichen Waren, die überwiegend zu den Mangelwaren gehören, sind fiskalische Wucherpreise. Sie dienen der systematischen Kaufkraftabschöpfung und werden nach dem Prinzip der höchstmöglichen Erträge manipuliert.

2. Das sowjetische Preissystem bezweckt nicht die Deckung der individuellen Kosten, sondern es arbeitet nach dem Prinzip der „Erlös“-Zuteilung. Je nach dem gewünschten Effekt werden die Preise festgesetzt.

3. Die Lebenshaltungskosten sind in der Sowjetzone zwangsläufig differenziert wie die ihr zugrunde liegenden Preise. Die Kosten für den primitivsten Bedarf sind im Durchschnitt nominell annähernd gleich hoch wie in Westdeutschland. Der gehobeneren Bedarf kann nur zu weit überhöhten Preisen gedeckt werden, die den in Westdeutschland längst überwundenen Verhältnissen auf dem Schwarzen Markt entsprechen. Dadurch kostet die Vollversorgung einer mehrköpfigen Arbeiterfamilie in der Sowjetzone gegenwärtig rund zwei Drittel mehr als in Westdeutschland. Die Kaufkraft des Einkommens einer Facharbeiterfamilie beträgt demnach nur 60 vH. derjenigen einer vergleichbaren westdeutschen Familie, und das bei in der Regel wesentlich schlechteren Qualitäten. Der bei einer Vollversorgung notwendige Zukauf an Nahrungsmitteln aus den HO-Läden verursacht für eine Facharbeiterfamilie in der Sowjetzone gegenüber den westdeutschen Verhältnissen einen um fast zwei Drittel höheren Kostenaufwand. Die Mehrkosten betragen bei den Nahrungs- und Genußmitteln vergleichsweise mehr als 80 vH. Die Bekleidungskosten machen mehr als das Doppelte aus, der Aufwand für Hausrat sogar das Zweieinhalbfache. In diesem Kostenvergleich konnten die Qualitätsverschlechterungen meist deshalb nicht berücksichtigt werden, weil Waren vergleichbar schlechter Qualität aus den westdeutschen Märkten längst verschwunden sind.

4. Das Lohnniveau der Sowjetzone ist nicht höher, sondern eher niedriger als in Westdeutschland. Es ist aber durch den erzwungenen Übergang zum Leistungslohn, durch das Prämiensystem und durch Naturalvergünstigungen weit differenzierter als im Westen.

5. Der Anteil an HO-Käufen erhöht sich mit steigendem Einkommen. Deshalb kommen Preissenkungen für HO-Waren in erster Linie den höheren Einkommen zugute. Sie belasten die niederen Einkommen sogar, wenn eine HO-Preissenkung mit der Beseitigung der Bewirtschaftung gekoppelt ist. Im letzten Jahr hat sich deshalb in der Sowjetzone wohl eine leichte Senkung der Lebenshaltungskosten bei den höheren Einkommensgruppen ergeben; die Lebenshaltungskosten der Kleinverdiener (einfache Arbeiter, Rentner und Arbeitslose usw.) sind jedoch mindestens in gleichem Ausmaße gestiegen wie in Westdeutschland. In Westdeutschland sind seit Herbst 1950 bis zur Gegenwart die Lebenshaltungskosten für die verschiedenen Verbraucherschichten ziemlich gleichmäßig gestiegen, die Nahrungsmittel um rund 20 vH., die Heizungskosten etwas weniger, die Aufwendungen für den Hausrat zwischen 10 und 20 vH., die Bekleidungskosten um 5 vH. Dagegen haben sich in der Sowjetzone trotz mehrfacher Preissenkung der HO die effektiven Lebenshaltungskosten der Verbraucher mit höherem Einkommen trotz der weit überhöhten Preise im Durchschnitt nur um weniger als 10 vH. gesenkt, dagegen die Aufwendungen der Minderbemittelten bei den Nahrungsmitteln, Heizungskosten, Bekleidungskosten,

Reinigungskosten um 20 bis 30 vH. durchschnittlich erhöht. Sie müssen jetzt zu HO-Preisen kaufen, was ihnen damals noch zu verbilligten Abgabepreisen zugeteilt wurde.

6. Anders als in Westdeutschland erfolgen die Neuinvestitionen der Betriebe in der Sowjetzone in der Regel nicht über die Selbstfinanzierung. Die Erlöse der Produktionsbetriebe werden durch strenge Preisvorschriften bewußt niedrig gehalten. Die Gewinne werden bei den volkseigenen Betrieben durch die in den Finanzplänen vorgeschriebenen Abführungen, bei den Privatbetrieben durch eine exorbitante Besteuerung abgeschöpft.

7. Die Kapitalakkumulation ist in der Sowjetzone in der staatlichen Hand konzentriert. Dadurch ist eine Expansion der Privatwirtschaft unmöglich gemacht. Die Kapitallenkung ist streng zentralisiert und ist eines der wichtigsten Instrumente der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Lediglich die sowjetischen Aktiengesellschaften sind in ihrer durch privilegierte Preise begünstigten Kapitalbildung autonom. Ihre Gewinne werden zu einem großen Teil durch Warenlieferungen in die UdSSR transferiert (Naturaldividende).

8. Der Hauptteil der Kapitalbildung in der Sowjetzone erfolgte jedoch bisher nicht durch die Kapitalakkumulation der Betriebe, sondern durch eine Kaufkraftabschöpfung beim Verbraucher. Die in den Überpreisen der HO-Waren sich ausdrückende steuerliche Belastung der Konsumenten ist auch heute noch trotz gewisser Reduzierungen umfassender und höher als zu irgendeinem Zeitpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung.

9. Der in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz entstehende Druck auf die Erlöse wird in der Sowjetzone ersetzt durch Reglementierungen über die Finanzpläne. Ein Druck auf die zugestandenen Erlöse soll die Betriebe zur Selbstkostensenkung veranlassen. Die Subvention ist eines der finanztechnischen Mittel, die sich hieraus in der Betriebsrechnung ergebenden Defizite auszugleichen. Der Begriff der Rentabilität ist auf sowjetisierte Verhältnisse nur bedingt anwendbar.

10. Trotz gegenwärtig über acht Millionen Beschäftigten, das sind mehr als in der Vorkriegszeit, ist das reale Sozialprodukt der Sowjetzone immer noch niedriger als 1936 und weit geringer als etwa 1939. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität ist bei durchweg höherer effektiver Arbeitszeit entsprechend abgesunken. Nur in einem Teil der Produktion, hauptsächlich im Bereich der bevorzugten sowjetischen Aktiengesellschaften, ist der gegenwärtige Produktivitätsstand mit demjenigen Westdeutschlands zu vergleichen. In anderen Teilen der Wirtschaft bindet der niedrige Produktivitätsgrad eine erhebliche Anzahl von Arbeitskräften. Die hierin zum Ausdruck kommende unsichtbare Arbeitslosigkeit ist auf ungefähr eine Million Arbeitskräfte zu schätzen.

11. Über die Betriebskollektivverträge, die im Laufe des Jahres 1952 sämtlich revidiert werden sollen, ist ein starker Lohndruck zu erwarten. Er soll zu höherer Leistung anreizen. Dadurch soll die Arbeitsproduktivität der VEB-Betriebe um nicht weniger als 11,3 vH. erhöht werden. Die Löhne dürfen sich jedoch gleichzeitig nur durchschnittlich um 4,6 vH. erhöhen.

12. Die in dem Volkswirtschaftsplan für 1952 verkündete Produktionserhöhung beruht auf einer Bruttorechnung. Sie bezieht also die in Aussicht genommene vierzigprozentige Erhöhung der Einfuhr wertmäßig mit ein. Ungefähr ein Drittel der geplanten Produktionssteigerung von 13,7 vH. (1952 gegen 1951) erklärt sich bereits aus der falschen Rechnung mit Brutto- statt mit Nettowerten. Bisher hat sich der absolute Abstand der sowjetzonalen Industrieproduktion gegenüber der westdeutschen immer weiter zugunsten des Westens vergrößert. Gemessen an dem Produktionshöchststand, den Mitteldeutschland während des Krieges

erreichte, liegt das gegenwärtige Produktionsniveau um mindestens ein Viertel niedriger — und das bei meist wesentlich schlechteren Qualitäten, als sie selbst in der Kriegszeit üblich waren.

Als nach dem Kriegsschluß die Wirtschaft ganz Mitteleuropas schwer darniederlag, bestand eine ähnliche Situation, wie sie durch das aufgezeigte West-Ost-Gefälle hervorgerufen ist. Das danach zwischen der zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickelten Wirtschaft der Vereinigten Staaten und den zerstörten Ländern Europas bestandene Gefälle bemühte sich der Marshallplan dadurch auszugleichen, daß er die Wirtschaftskraft Westeuropas wieder durch planvolle Maßnahmen steigerte.

Wenn der im Vergleich zur Vorkriegszeit, aber auch im Vergleich zu Westdeutschland immer noch weit unterentwickelte mitteldeutsche Wirtschaftsraum im Falle einer politischen Wiedervereinigung Deutschlands nicht die Lebensfähigkeit der gesamtdeutschen Wirtschaft in Frage stellen soll, muß ihm zur gegebenen Zeit eine ausreichende Hilfe zuteil werden. Die internationale Unterstützung wird Deutschland dabei nicht entbehren können. Wenn den unterentwickelten Gebieten Südamerikas, Afrikas und Asiens zur Sicherung der Lebensfähigkeit der westlichen Welt eine internationale Hilfe angeboten wird, sollte sie auch einem Gebiet im Herzen Europas zur Verfügung stehen, das jahrelang unter der systematischen Auszehrung seiner materiellen und nicht weniger seiner menschlichen Substanz gelitten hat.

*Die Einheit Deutschlands wollen die Machthaber des Ostens in der gleichen Weise wie sie die Einheit der Arbeiterschaft schufen, als bolschewistische Gewaltorganisation! Das deutsche Volk aber will keine Überrumpelung; es will eine Einheit in demokratischer Freiheit!*

*Wenn Rußland, wenn die Bolschewisten sich darauf beschränkten, durch wahre Erfolge in der Entfaltung von Wohlstand und in der Organisation gesunden sozialen Lebens zu überzeugen, brauchte man vom Frieden nicht zu sprechen, weil er nicht im geringsten bedroht, weil er vorhanden, weil er selbstverständlich wäre!*

*Hätten die Bolschewisten die Aufrichtigkeit und den Mut, Kritik und Selbstkritik gegen ihr System selbst gelten zu lassen, so wäre die Welt aus schwerster Angst erlöst. Wir aber müssen fürchten, daß die Bolschewisten eher den Frieden der Welt opfern, als daß sie bereit wären, ihre Doktrin der Gefahr eines freien Lebens auszusetzen.*

W. VOLLMER